

Michael Brüning | Michael Wolffsohn



Stadt Land Volk

Ein Streitgespräch
über die Zukunft
der Demokratie

edition  **chrismon**

Stadt, Land, Volk

Michael Bröning | Michael Wolffsohn

Stadt, Land, Volk

Ein Streitgespräch über die
Zukunft der Demokratie

Herausgegeben von Reinhard Bingener

edition  chrismon

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 by edition chrismon in der Evangelischen Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Covergestaltung: Elina Hartlaub, Frankfurt/Main
Innenlayout: makena plangrafik, Leipzig
Druck und Binden: BELTZ Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-96038-194-5
www.eva-leipzig.de

Vorwort

Der Ausgangspunkt dieses Buches ist die Beobachtung, dass Deutschland und Europa in eine Zeit des beschleunigten Wandels eingetreten sind. Dieser Eindruck speist sich aus mehreren Quellen: Es ist gar nicht lange her, dass in Meinungsartikeln die Klage geführt wurde, über das Land habe sich eine bleierne Stille und apolitische Langeweile gelegt. Solche Stimmen sind mit der Flüchtlingskrise und der darauf folgenden innenpolitischen Polarisierung schlagartig verstummt. Stattdessen hat sich in der Gesellschaft ein Gefühl der Verunsicherung breitgemacht, das allerdings nicht allein mit der Migration zu erklären ist. Der rasante Wandel durch die Digitalisierung trägt dazu ebenso bei wie der Klimawandel, dessen Folgen in zunehmendem Maß greifbar werden.

Auch auf geopolitischer Ebene deutet sich ein Umbruch an. Dass der seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende Grundkonsens zwischen Westeuropa und Nordamerika in Fragen der Sicherheits- und Handelspolitik nicht mehr ohne Einschränkung gilt, ist dafür wohl nur ein Symptom. Der eigentliche Grund liegt darin, dass die bisher dominante Rolle dieser beiden Regionen in der Welt zur Disposition steht. Der im Jahr 1992 vom Politikwissenschaftler Francis Fukuyama als »Ende der Geschichte« proklamierte Sieg von liberaler Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft scheint hinfällig. Russland, vor allem aber China haben sich aufgemacht, mit eigenen Ordnungsmodellen in eine neue Systemkonkurrenz einzutreten.

Das politische Geschehen scheint sich somit gleich auf mehreren Ebenen neu zu sortieren. Unter der Überschrift »Stadt, Land, Volk« möchte dieses Buch einen nüchternen, analytischen Blick auf diesen Wandel werfen. Der Buchtitel will deutlich machen, dass sich die Veränderungen nicht nur in der abstrakten Ferne transnationaler Institutionen abspielen, sondern oftmals vor Ort mit Händen zu greifen sind: Dörfer, ja ganze Landstriche veröden und verlieren massiv an Bevölkerung, während sich die Städte zu kulturellen Schmelztiegeln wandeln, die auf die einen bunt und dynamisch wirken, auf andere hingegen konfliktreich und abstoßend. Alte Identitätsmuster lösen sich auf, neue entstehen in beinahe spielerisch wirkender Kombinationslust. Auch dieser Prozess verläuft keineswegs konfliktfrei. In den europäischen Gesellschaften werden in neuer und verschärfter Form Fragen der Zugehörigkeit verhandelt: Wer darf ins Land hineinkommen, wer dauerhaft bleiben? Definiert sich Identität über den Reisepass, über das Grundgesetz oder muss dafür eine Leitkultur formuliert werden? Soll der künftige Ordnungsrahmen ein nationaler oder ein europäischer sein?

Über diese und andere Themen soll im folgenden Gespräch mit Prof. Dr. Michael Wolffsohn und Dr. Michael Bröning debattiert werden. Das Wagnis, aber auch der Reiz dieses Buches besteht darin, dass hier keine Extrempositionen in einen kurzatmigen Schlagabtausch gehetzt werden. Wolffsohn und Bröning argumentieren zwar von grundverschiedenen Positionen aus, aber sie lassen sich beide nicht in die hergebrachten Schablonen von links und rechts, progressiv und konservativ pressen, sondern stehen an wichtigen Punkten quer zu den gewohnten Fronten.

Michael Bröning hat die politische Linke, der er sich verpflichtet fühlt, in seinem vielbeachteten Buch »Lob der Nation« nachdrücklich davor gewarnt, den Nationalstaat als überholt oder gestrig zu belächeln und damit letztlich dem politischen Gegner zu überlassen. Als Leiter des Referats für internationale Politikanalyse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung scheut Bröning auch nicht davor zurück, über die Nachteile einer ungesteuerten Einwanderung zu sprechen, gerade weil er an klassischen linken Positionen wie gesellschaftlicher Solidarität durch Umverteilung festhält und den Sozialstaat bewahren möchte.

Das Denken von Michael Wolffsohn ist im Unterschied zu Bröning von einer Kombination aus liberalen und konservativen Grundannahmen geprägt. Das politische Ideal des bekannten Historikers ist ein leistungsfähiger, aber schlanker Staat, der den Freiraum seiner Bürger möglichst wenig einschränkt. Dies kann, muss aber nicht unbedingt im Rahmen eines Nationalstaats geschehen. Zudem hält Wolffsohn die Nationalstaaten für viel fragiler als weithin angenommen. Die Föderalisierung bestehender Staaten ist für Wolffsohn ebenso wenig ein Schreckgespenst wie eine verstärkte transnationale Kooperation.

Gemeinsam ist beiden Gesprächspartnern, dass ihr politisches Denken nicht in Maximalforderungen mündet oder einen für alle Zeiten geltenden Endzustand anstrebt. Bröning und Wolffsohn wollen mit ihren politischen Analysen nicht nach Utopia führen. Ihr Ziel ist bescheidener, aber deshalb auch humaner: Es geht darum, einen Ordnungsrahmen zu finden, in dem sich die vorfindlichen Strömungen und Kräfte der europäischen Gesellschaften friedlich zusammenführen lassen.

Gewürdigt werden sollen an dieser Stelle diejenigen, die den Anstoß zu diesem Buch gegeben haben und ohne deren stetiges Zutun es nicht zustande gekommen wäre: Dr. Annette Weidhas, Programm- und Verlagsleiterin der Evangelischen Verlagsanstalt (EVA), sowie Annegret Grimm, Programmleiterin des EVA-Imprints edition chrismon. Die Autoren und der Herausgeber sagen beiden für ihr Engagement herzlichen Dank.

Reinhard Bingener

Januar 2019

Inhalt

1. Herausgeforderte Demokratie — 11
2. Gesellschaftliche Spaltungen — 43
3. Epochenfrage Migration — 71
4. Der Staat und seine Grenzen — 97
5. Völker, Nationen, Minderheiten — 123
6. Deutschland, Europa und die Welt — 143

1. Herausgeforderte Demokratie

BINGENER: *Lieber Herr Wolffsohn, lieber Herr Bröning, am 9. November 2018 wurde von diversen Balkonen Europas die Europäische Republik ausgerufen und das Ende der Nationalstaaten proklamiert. Vermutlich haben Sie von diesem »European Balcony Project« im Schnittpunkt von Kunst und Politik gehört. Was halten Sie davon – ist das eine zukunftsweisende Idee oder eine Illusion?*

WOLFFSOHN: Der Gedanke scheint sympathisch, ist aber vollkommen unrealistisch. Die Balkonengeste ist schön, weil damit natürlich an die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann erinnert wird oder an den »Gegenbalkon« von Karl Liebknecht. Die Idee ist deshalb so sympathisch, weil sie sich von der Fokussierung auf den Nationalstaat löst, von der Notwendigkeit einer funktionalen Zusammenarbeit ausgeht und nationale Urteile und Vorurteile überwinden will. Aber die Wirklichkeit sieht, fürchte ich, so aus, dass es in Europa eher zu einer Re-Regionalisierung und Re-Nationalisierung kommen wird. Re-Nationalisierung muss nicht von vornherein negativ sein, aber die Erfahrung zeigt: Nationalismen neigen zu Extremformen. Gegen einen aufgeklärten Nationalismus, Patriotismus oder wie immer man das nennen will, ist an sich nichts zu sagen. Punktum: sympathisch, aber unrealistisch.

BRÖNING: Ich sehe das durchaus kritischer: Das wäre sympathisch, wenn es nicht so gefährlich wäre.

BINGENER: *Die Initiatoren des Projekts, zu denen der Autor Robert Menasse und die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guerot gehören, schreiben: »Europäer ist, wer es sein will. Die Europäische Republik ist der erste Schritt auf dem Weg zur globalen Demokratie.« Was ist daran gefährlich?*

BRÖNING: Das Projekt ist gefährlich, weil jede Umfrage zeigt, dass eine Europäische Republik auf den Trümmern der Nationalstaaten genau das ist, was die meisten Menschen in Europa nicht wollen. Die Aktivisten des Balcony Project wären deshalb nur erfolgreich, wenn sie sich im nächsten Schritt daranmachen, das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen, um mit Bert Brecht zu sprechen. Deshalb versinnbildlicht die Aktion für mich genau die Art von »Hurra-Europäismus«, die nicht Teil der Lösung ist, sondern Teil des Problems. Und es ist traurig, ja letztlich ironisch, dass Europa auf diesem Weg nicht nur von den Rechtspopulisten infrage gestellt wird, sondern unbeabsichtigt auch von Europafreunden, die in ihrer visionären Begeisterung nicht verstehen, dass man manchmal eher weniger Europa braucht, um die europäische Idee zu sichern. Noch utopischer ist dabei die Vision einer globalen Demokratie. Ja, demokratische Staaten weltweit wären ein Segen. Aber ein demokratischer Weltstaat? Ein solcher wäre nicht nur ein bürokratisches Monstrum, sondern würde Selbstbestimmung unmöglich machen. Wie sollen in einem Weltstaat politische Präferenzen abgebildet werden? Pluralismus und Diversität jedenfalls ließen sich in einem solchen Gebilde kaum sicherstellen. Und: Bilden wir die Weltregierung dann mit Putin, Trump, Erdogan, dem brasilianischen Präsidenten Bolsonaro und Kim Jong-un?

BINGENER: *Sie sehen also Europa und seine Staaten nicht nur von seinen Feinden bedroht, sondern auch von seinen vermeintlich besten Freunden. Aber wie groß ist die Gefahr? Herr Wolffsohn, Sie halten politische Systeme ja generell für deutlich fragiler, als man gemeinhin annimmt.*

WOLFFSOHN: Jede Gesellschaft an sich ist fragil, weil sie immer vielschichtig ist. Die »eine Nation« ist eine Fiktion. Wir haben, um es marxistisch zu formulieren, den Gegensatz von Klassen, wir haben den Gegensatz von Religionen, Ideologien, Sprachen und anderem. Letzteres schien in den weitgehend heidnisch gewordenen deutschen und westeuropäischen Gesellschaften völlig vergessen worden zu sein, aber der Rest der Welt ist eben a) größer und b) anders programmiert. Wo auch immer ich hinschaue, sehe ich dramatische Unterschiede. Deswegen ist es notwendig, auch aus funktionalen und aus Gründen der Zivilität, den Menschen vor dem Menschen zu schützen, Mechanismen zu entwickeln oder zu stärken, die einen Crash der verschiedenen politischen Einheiten verhindert.

Ich bin aber nicht der Ansicht, dass wir dafür mehr plebiszitäre Elemente wie Volksabstimmungen usw. einführen sollten, im Gegenteil: Wir haben zu wenig repräsentative Demokratie und zunehmend zu viele außerinstitutionelle politische Auseinandersetzungen. Denn solange die gesellschaftlichen Gegensätze in den Institutionen ausgetragen werden, gilt die Formel: Worte statt Waffen. In dem Augenblick, in dem die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen außerhalb der Institutionen, sprich den Parlamenten, stattfinden, kommt es – strukturell programmiert – zu Gewalttätigkeit. Das halte ich für ein Krisensymptom.

Die diversen Demonstrationen und Gegendemonstrationen und die Zunahme von Gewalt dabei – sei es durch rechts- oder linksextremistische Randalen, sei es durch sozialpolitisch motivierte Aufstände wie die der Gelbwesten in Frankreich – sind Krisenzeichen. Und die überall zu beobachtende Zunahme der Nutzung plebiszitärer Elemente durch Verantwortliche der repräsentativen Demokratie bekämpft nicht etwa die Krise, sondern vertieft sie. Denn auf diese Weise zählen faktisch Stimmungen mehr als die Stimmen der für vier oder fünf Jahre gewählten politisch Verantwortlichen. Aus dem Instrument der Partizipation und damit der Pazifikation erwächst also eine Destabilisierung. Das ist eine Entwicklung, die mich beunruhigt.

BINGENER: *Teilen Sie diese Analyse, Herr Bröning? Und wie sieht es auf der europäischen Ebene aus? Wie fragil ist das europäische Projekt?*

BRÖNING: Ich würde mich der Analyse nur zum Teil anschließen. Zentral ist, dass politische Konflikte innerhalb des politischen Systems ausgetragen werden. Dabei geht es aber auch darum, Gesellschaften so abzubauen, dass möglichst breite Strömungen erfasst werden. Doch die demokratische Mitte muss halten. Ich bin vor allem in Sorge, wenn ich mir die Entwicklung in den Vereinigten Staaten anschau. Die sogenannte populistische Revolte in Deutschland und in Europa hat sich ja lange Zeit außerhalb der etablierten Systeme abgespielt. Die etablierten Parteien wurden umgangen, und es wurden ganz neue Bewegungen gegründet, eben zunächst außerparlamentarische. In den Vereinigten Staaten hat es das genauso gegeben, aber nun hat das System die Revolte absorbiert. Das eindrucklichste

Beispiel dafür ist wahrscheinlich, wie die republikanische Partei von Donald Trump übernommen wurde. Aber auch die Demokraten rücken derzeit weit nach links. Die Folge ist politische Dysfunktionalität. Wenn Sie sich anschauen, wie kooperationsunfähig die beiden politischen Parteien in den USA geworden sind, wird klar, dass das reine Abbilden der Spaltung innerhalb des Systems auch kein Allheilmittel ist. Politik funktioniert nur, wenn ein gesellschaftlicher Grundkonsens besteht. Und der wird derzeit zum Teil infrage gestellt. Deshalb ist unsere Demokratie fragiler geworden. Es hat nichts mit »Diskurs« zu tun, wenn der Gegner wahlweise als Volksverräter oder als Faschist diffamiert wird. Diese Polarisierung geht zu weit.

Allerdings muss man unterscheiden, ob Staaten oder ob unsere Demokratien fragil sind. Die Staatsgebilde selbst halte ich nicht für fragil, im Gegenteil. Das Ableben der Nationalstaaten ist schon hundertmal besungen worden von Karl Marx bis zu den Hohepriestern des Neoliberalismus. Aber Staaten sind Konstrukte, die offenbar nicht vergehen wollen, sondern ziemlich robust sind. Im Hinblick auf die Regierungsform »Demokratie« sieht das anders aus. Hier steht Europa vor deutlichen Herausforderungen, und zwar von zwei Seiten her. Wenn man sich die aktuellen Wahlergebnisse in Ungarn, Polen, Österreich, der Schweiz, Schweden oder Dänemark anschaut, sieht man eine „populistische“ Revolte von Leuten, die – überspitzt gesagt – antiliberal, aber nicht immer undemokratisch sind. Sie fordern ja mehr direkte Demokratie, mehr Referenden, und zugleich mehr Nationalstaat, weniger Brüssel, weniger Migration, weniger Minderheitenrechte. Auf der anderen Seite, und das wird oft übersehen, erleben wir aber das, was Yascha Mounk